

Heute vor allem mit Meinungen zur Insolvenz von General Motors und zur Zukunft von Opel. Ein weiteres Thema sind die Entwicklungen in Sri Lanka nach dem Ende des Bürgerkriegs.

-----

In Japan schreibt der Kommentator der YOMIURI SHIMBUN:

"General Motors hat fast 80 Jahre lang die Autoindustrie der Welt beherrscht. Schon vor mehreren Jahren jedoch geriet der Detroit-Konzern in die roten Zahlen, weil er im Rennen um die Entwicklung effizienter Kleinwagen zu langsam gestartet war. In der Folge verlor das Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit, und die Finanz- und Wirtschaftskrise gaben dem maroden Konzern dann offenbar den Rest. Wenn Pleiten und Arbeitslosigkeit in den USA weiter zunehmen, ist das eine harte Prüfung für die gesamte Weltwirtschaft", befürchtet die japanische Zeitung YOMIURI SHIMBUN.

-----

Der TAGES-ANZEIGER aus der Schweiz betrachtet die Insolvenz von GM als "das Ende einer Epoche" und erläutert:

"Der Tod von Ikonen lässt fast ausnahmslos Rückschlüsse auf die Gesellschaft zu, die sie geschaffen und verklärt hat. Die Vereinigten Staaten befinden sich demnach in denkbar schlechter Verfassung. Wie immer der neue GM-Konzern nach dem Bad in der Pleite aussehen mag: Die Ikone hat sich erledigt, und womöglich liefert uns ihr Tod einen Vorgeschmack auf ein Jahrhundert, das im Gegensatz zum vergangenen kein amerikanisches sein wird."

Das war der TAGES-ANZEIGER aus Zürich.

-----

Das amerikanische Blatt USA TODAY befasst sich mit den staatlichen Milliardenhilfen für GM und ihren Folgen:

"Wir nehmen Präsident Obama beim Wort, wenn er beteuert, dass er kein Interesse daran hat, einen Autokonzern zu leiten. Aber auch wenn dies stimmt, so hat er doch eine klare Meinung darüber, wie Autokonzerne geleitet werden sollten - zum Beispiel mit einem Schwerpunkt auf umweltfreundlichen Technologien. Wenn die Benzinpreise jedoch relativ niedrig bleiben, wird Detroit auch weiterhin große Autos bauen wollen. Dieser Interessenkonflikt ist nur ein Beispiel dafür, warum es künftig so gut wie

unmöglich sein wird, die Politik bei Unternehmensentscheidungen aus dem Spiel zu lassen", bemerkt USA TODAY aus Arlington.

-----

"Im Grunde kämpfte das Unternehmen seit 30 Jahren mit dem Tod", heißt es in der türkischen Zeitung REFERANS.

"Die erste Krise begann in den 1970ern mit dem Ölembargo der Araber. GM hatte sehr komfortable Autos, die aber unendlich viel Sprit fraßen. Statt den Konzern umzukrempeln, wurde seitdem lediglich die Zahl der Modelle verringert. Die großen Hochglanzfelgen haben den Konzern zugrunde gerichtet. Die Zeiten, als die großen Fische die kleinen schluckten, sind vorbei. Jetzt schlucken die schnellen Fische die langsamen", betont REFERANS aus Istanbul.

-----

Mit Blick auf General Motors und die deutsche Tochter Opel schreibt die spanische Zeitung ABC:

"Die Nachfrage nach Autos ist in den Industrieländern an ihre Grenzen gestoßen, und die Technologie ist bekannt und leicht nachzuahmen. Die Unternehmen, die am Ende überleben, werden diejenigen sein, denen es gelingt, auf den neuen Märkten Fuß zu fassen. Die Pleite von GM und die vermutlich nutzlosen Bemühungen der deutschen und spanischen Behörden um Opel erinnern an industriepolitische Debatten aus den achtziger Jahren. Auch die Größe eines Unternehmens kann keine staatliche Intervention rechtfertigen. In Wirklichkeit geht es vor allem um Wählerstimmen – und die Rechnung zahlen am Ende gerade diejenigen, die tatsächlich Hilfe benötigen", kritisiert ABC aus Madrid.

-----

Die schwedische Zeitung DALA-DEMOKRATEN warnt vor einer Verzerrung des Wettbewerbs:

"Am Ende werden nicht unbedingt die schlechtesten Hersteller untergehen, sondern diejenigen, die nicht genug Hilfe von ihrem Staat erhalten. In Deutschland hat Kanzlerin Merkel ein Abkommen mit dem Zulieferer Magna eingefädelt. Auch andere EU-Staaten haben ihre Autoindustrie begünstigt. Hierzulande ist dagegen so gut wie nichts passiert, wenngleich man einräumen muss, dass es für Saab auch kaum

Interessenten gab. Autodirektor Obama und die Kreditbürgin Merkel haben Schweden aus dem Feld geschlagen", glaubt die Zeitung DALA-DEMOKRATEN aus dem schwedischen Falun.

-----

DER STANDARD aus Wien mokiert sich über die künftige Aktionärsstruktur bei Opel unter Führung des Investors Magna:

"Eine umtriebige Partie Auslandsösterreicher, der Kreml, das Weiße Haus und brave Deutsche in einer Firma, diese Mischung hat einen speziellen Charme. Die Frage ist: Werden sie auch Autos bauen können, die auf dem Markt absetzbar sind? Denn sollte der bunte Haufen scheitern und Opel doch noch pleitegehen, dann sitzt der deutsche Staat plötzlich allein in seiner Industrie-Ruine, und mehr als 20.000 Opelaner stehen auf der Straße. Zu viele Interessen, die mit dem eigentlichen Unternehmenszweck nichts zu tun haben, haben die Opel-Entscheidung mitbestimmt. Das bedeutet: keine gute Aussicht für den bunten Haufen von Opel", hält DER STANDARD aus Österreich fest.

-----

Die russische Zeitung DELOWOJ PETERBURG aus Sankt Petersburg meint:

"Mit Opel hat das Konsortium unter Beteiligung der Sberbank den attraktivsten Teil von General Motors in Europa erworben. Optimistische Kommentare dazu sollte man dennoch mit Vorsicht genießen. Deutschland wird es den neuen Besitzern kaum erlauben, Werke zu schließen, und es bestehen große Zweifel daran, inwieweit sich in anderen europäischen Ländern die Produktion optimieren lassen wird. Opel könnte bald einer heißen Kartoffel gleichen: Zum Wegwerfen eigentlich zu schade, aber auch kaum in den Händen zu halten", kommentiert DELOWOJ PETERBURG aus Russland.

-----

Und die polnische Zeitung RZECZPOSPOLITA resümiert:

"Die Automobilindustrie dieser Welt wird nicht mehr so sein, wie wir sie bislang kannten. China entwickelt sich zur globalen Nummer eins in der Autoproduktion, und die asiatischen Märkte retten die Hersteller vor dem endgültigen Aus. Die Krise wird einigen Marken das Genick brechen und die Karten auf den Märkten neu verteilen. Ein

russischer Opel und ein indischer Jaguar markieren den Beginn dieser gewaltigen Veränderungen", heißt es in der RZECZPOSPOLITA aus Warschau.

-----

Thema in der französischen Zeitung LE MONDE ist die Lage in Sri Lanka nach dem proklamierten Ende des Bürgerkriegs:

"Das Regime kann jubilieren. Für die Massaker, die es an der nord-östlichen Küste des Landes begangen hat, wird es wohl ungestraft bleiben. Nach einer Schätzung der UNO könnten in der Offensive der sri-lankischen Armee gegen die brutale Separatistenbewegung der Tamilen nahezu 20.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Dieses Gemetzel fand außerhalb der Reichweite der Fernsehkameras statt und hat zu keinerlei Ermittlungen oder Sanktionen geführt. Noch jetzt hält die Regierung rund 300.000 Tamilen in Lagern hinter Stacheldraht fest, zu denen Helfer und Journalisten nur sehr begrenzt Zugang haben. Die Demokratien der Welt müssen Sri Lanka öffentlich kritisieren. Andernfalls würden sie es hinnehmen, dass man in aller Stille Massaker verüben kann. Und das würde den Terrorismus von morgen nähren", warnt LE MONDE aus Paris.

-----

Die TIMES OF INDIA richtet den Blick auf die Zukunft des Landes:

"Der Krieg gegen die tamilischen 'Befreiungstiger' ist gewonnen, aber nun steht der Regierung in Colombo ein weiterer Kampf bevor, um die Zustimmung der Tamilen zu gewinnen. Ein Anfang ist gemacht, aber beunruhigende Fragen sind noch offen. Das mutmaßliche Massaker an Zivilisten ist eine solche Frage. Kurzfristig kann Sri Lanka über dieses Thema zwar hinweggehen - auch wegen der Unterstützung aus Ländern wie China, Pakistan, Russland und leider auch Indien. Aber langfristig kann es Colombo nicht ignorieren, dass sein Umgang mit den Tamilen international zu einem Ansehensverlust führt. Sri Lanka sollte nun gemeinsam mit internationalen Organisationen an einem Wiederaufbau der Tamilengebiete arbeiten und die Machtverteilung in seiner Verfassung ändern", fordert die TIMES OF INDIA aus Mumbai.

Das war die internationale Presseschau.